

## **Beschlußempfehlung und Bericht**

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989  
(Haushaltsgesetz 1989)

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Berichterstatter Abgeordneter Henning SPD

### Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 05.12.1988/Ausgegeben: 05.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

MM D 1 0 / 3 8 0 7 2

## Bericht

### A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie vom Ausschuß für Jugend und Familie beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/1864 und 10/1865 - dargestellt. Im übrigen hat der Ausschuß für Frauenpolitik sich mit dem Kapitel 07 020 Titelgruppe 65 befaßt. Das Beratungsergebnis ist aus der Vorlage 10/1935 ersichtlich. Dem Anliegen des Ausschusses für Frauenpolitik hatte der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge bereits Rechnung getragen.

### B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist aus dem Bericht zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 - Drucksache 10/3815 - sowie im einzelnen aus der als Anlage beigefügten Zusammenstellung der Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 1. Dezember 1988 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befaßt. Er folgte den Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse.

Die Fraktion der CDU beantragte die aus dem Anhang zu diesem Bericht ersichtlichen Änderungen im Einzelplan 07 (Nrn. 1 - 9). Diese bereits im Fachausschuß gestellten Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 07 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen der Fachausschüsse und der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und die Stimme der Fraktion der F.D.P. an.

Weiss  
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/1864 und 10/1865  
Anhang: Änderungsanträge der Fraktion der CDU  
Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers mit:  
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen  
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und  
Stellenübersichten

Änderungsanträge

der Fraktion der CDU zum Einzelplan 07, die vom Haushalts- und Finanzausschuß in der Schlußberatung am 1. Dezember 1988 abgelehnt wurden.

Zweckbestimmung  
Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit

Unterteile

- a) Zuweisung für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit auch für ehrenamtliche Mitarbeiter (2,2 MioDM)
- b) Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement (2 Mio DM)
- c) Förderung von Modellprojekten ehrenamtlicher sozialer Arbeit (2,8 MioDM)

Begründung  
Mehr zur Erweiterung der Fort- und Ausbildungsangebote

Mobilisierung und Aktivierung der vorhandenen Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung

Erprobung neuer Wege in der Sozialpolitik

MM D 1.0 / 3807

Baransatz Verpflichtungsermächtigung

Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
<u>neu</u>				
.....67.....	.....	.....	.....	.....
.....-	.....	.....	.....	.....
..7.000.000.	.....	.....	.....	.....
+7.000.000.	.....	.....	.....	.....

Entwurf

neu

+/-

Einzelplan	HHPl Seite	Kapitel	Titel
------------	------------	---------	-------

CDU-Landtagsfraktion

AK 1

Zweckbestimmung  
Zuschüsse an die in der Arbeits-  
gemeinschaft der Spitzenverbände  
der Freien Wohlfahrtspflege zu-  
sammengeschlossenen Organisatio-  
nen

Unterteile

Begründung  
Mehr zur Abgeltung von Personal- und  
Sachkostensteigerungen und zur Ab-  
deckung von strukturellen Haushalts-  
defiziten aufgrund gewachsener Auf-  
gaben

		Baransatz		Verpflichtungsermächtigung	
	Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
	.....	684 11	.....	.....	.....
Entwurf	.....	24.100.000	.....	.....	.....
neu	.....	26 400.000	.....	.....	.....
+/-	.....	+ 2.300.000	.....	.....	.....

Einzelplan	HHPl Seite	Kapitel	Titel
07	64	07 040	684 11

AK 1

CDU-Landtagsfraktion

<u>Zweckbestimmung</u> Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaß- nahmen für alte Menschen	<u>Unterteile</u>
	<u>Begründung</u> Mehr wegen Abdeckung des dringenden Bedarfs

Baransatz Verpflichtungsermächtigung

	Titelgruppe	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
	.....60....	.....	.....	.....
Entwurf	...7.000.000	.....	.....	.....
neu	..10.000.000	.....	.....	.....
+/-	+ 3.000.000	.....	.....	.....

Einzelplan	HHPI Seite	Kapitel	Titel
07	66	07 040	653 60
			684 60

CDU-Landtagsfraktion

AK 1

Begründung  
Mehrbedarf zur Absenkung des Personal-  
schlüssels auf durchschnittlich 1:3.500

Unterteile

Zweckbestimmung  
Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Sozialstationen in freier gemeinnütziger Trägerschaft

Baransatz Verpflichtungsermächtigung

Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
.....	684 61	.....	.....	.....
.....	29.040.000	.....	.....	.....
.....	38.040.000	.....	.....	.....
.....	+ 9.000.000	.....	.....	.....

Entwurf

neu

+/-

Einzelplan IIIpl Seite Kapitel Titel

07

66

07 040

684 61

AK 1

CDU-Landtagsfraktion

<u>Zweckbestimmung</u>	<u>Unterteile</u>	<u>Begründung</u>
Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung der Ausbildung in staatlich anerkannten Fachseminaren für Altenpflege und für Familienpflege in freier gemeinnütziger Trägerschaft		Mehr zur Ermöglichung der Einrichtung von zusätzlichen Fachseminaren zur Altenpflege aufgrund eines steigenden Bedarfs an Altenpflegern (2 Mio DM). Einführung einer Ausbildungsvergütung von 500,- DM monatlich an Altenpflegeschüler (24 Mio DM)

Baransatz Verpflichtungsermächtigung

Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
.....	684 62	.....	.....	.....
Entwurf	10.800.000	.....	.....	.....
neu	36.800.000	.....	.....	.....
+/-	+ 26.000.000	.....	.....	.....

Einzelplan HHPl Seite Kapitel Titel

07 66 07 040 684 62

CDU-Landtagsfraktion

AK 1

<p><u>Zweckbestimmung</u> Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen</p>	<p><u>Unterteile</u></p>	<p><u>Begründung</u> Mehr zur Abdeckung des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Einrichtungen der Altenhilfe</p>
--	--------------------------	---

Baransatz                      Verpflichtungsermächtigung

	Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
	.....	...863 90...	.....	...863 90...	.....
Entwurf	.....	22.000.000	.....	28.300.000	.....
neu	.....	42.000.000	.....	48.300.000	.....
+/-	.....	+ 20.000.000	.....	+ 20.000.000	.....

Einzelplan                      HHPl Seite                      Kapitel                      Titel

07                                      72                                      07 040                      863 90

CDU-Landtagsfraktion

AK 1

Zweckbestimmung

Übernahme von freiwilligen Rentenbeitragszahlungen für Pflegerinnen von Schwerstpflegebedürftigen

Unterteile

Begründung  
Übernahme von Rentenbeitragszahlungen für pflegende Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebedürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müssen

Baransatz                      Verpflichtungsermächtigung

	Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
Entwurf	neu	.....	.....	.....	.....
	.....63.....	.....	.....	.....	.....
	-	.....	.....	.....	.....
neu	20.000.000	.....	.....	.....	.....
+/-	+ 20.000.000	.....	.....	.....	.....

Einzelplan                      HHP1 Seite                      Kapitel                      Titel

07

07 040

AK 1

CDU-Landtagsfraktion

Begründung  
Einführung von Hilfen für Kranken-  
hausträger, die durch die Umwidmung  
von Betten der Akutversorgung mit  
dazu beitragen, den wachsenden Be-  
darf an Pflege abzudecken

Unterteile

Zweckbestimmung  
Förderung der Umwidmung von  
Krankenhaus- in Pflegebetten  
(z.B. für Kurzzeitpflege)

Baransatz Verpflichtungsermächtigung

Titelgruppe	Titel/UT	Titel/UT	Titelgruppe	Titel/UT
<u>neu</u>			<u>neu</u>	
....63.....	.....	.....	.....63.....	.....
-	.....	.....	.....	.....
12.000.000	.....	.....	..30.000.000	.....
+ 12.000.000	.....	.....	+ 30.000.000	.....

Entwurf  
neu  
+/-

Einzelplan HHP1 Seite Kapitel Titel

07 07 070

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung  
- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

und

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes NW  
für das Haushaltsjahr 1989  
(Haushaltsgesetz 1989)

hier: Einzelplan 07

Kapitel 07 120

Minister für Arbeit,  
Gesundheit und Soziales  
Institut "Arbeit und  
Technik"

Dieses Kapitel wird ersatzlos gestrichen. Damit entfallen:

bei Titel 547 00

Nicht aufteilbare Sächliche  
Verwaltungsaufgaben

800.000 DM

bei Titel 712 00

Errichtung des Dienstgebäudes  
für das IAT

4.000.000 DM

bei Titel 812 10

Erwerb von Geräten, Ausstattungs-  
und Ausrüstungsgegenständen

600.000 DM

Gesamtausgaben

5.400.000 DM

Begründung

Die dem Institut "Arbeit und Technik" zugewiesenen Aufgaben sollten, um zusätzliche Kosten für die neue Einrichtung zu vermeiden, den Hochschulen des Landes zugewiesen werden.

MM D 10 / 3807 -15

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

23.11.1988

10. Wahlperiode

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/ 1864**

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegen-  
heiten der Vertriebenen und Flüchtlinge

Berichterstatter Abgeordneter Bräuer SPD

### Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie dem 39. Landesjugendplan, wird mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

MM D 1 0 / 3 8 0 7 = 16

Allgemeines

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 21. September, 5. Oktober, 2. und 23. November 1988 den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 39. Landesjugendplan - beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen	10/1762 10/1764 und 10/1847
--	-----------------------------------

Als Zuschriften sind eingegangen:

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf	10/2180 und 10/2213
Deutscher Beamtenbund Akademie, Bonn	10/2219
Deutscher Beamtenbund - Landesbund NW -, Düsseldorf	10/2274
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband NW, Wuppertal	10/2293

Sowohl die vorgenannten Vorlagen als auch die Zuschriften lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 23. November 1988 über Anträge und über den Einzelplan 07 - außer Kapitel 07 050, Kapitel 07 410 und den 39. Landesjugendplan - ab.

Einzelberatung

MM D 1 0 / 3 8 0 7 -17

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 23. November 1988 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. sowie über den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - sowie den 39. Landesjugendplan - ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 010

- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Titel 525 10

- Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten

den Ansatz von 20 000 DM um 40 000 DM auf 60 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Neues Fortbildungskonzept für Bedienstete des MAGS in Anpassung des Titels an die bei anderen Ressorts übliche Ausstattung.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

2. Die Fraktion der SPD beantragte bei,

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

einen neuen  
Titel 526 40

- Untersuchung von Wirtschaftlichkeitsfragen (Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben)

mit einem Ansatz von 200 000 DM sowie den folgenden Haushaltsvermerk "Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Kapitel 07 020 Titel 526 91" auszubringen.

2a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 526 40

- Untersuchung von Wirtschaftlichkeitsfragen (Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben)

die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100 000 DM

Begründung:

Die Finanzierung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen (u.a. im Staatsbad Oeynhausen) solle ermöglicht werden.

Die Anträge wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

3. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-  
beratungsstelle beim Deutschen  
Gewerkschaftsbund - Landes-  
bezirk Nordrhein-Westfalen -  
e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 000 000 DM um 500 000 DM auf 2 500 000 DM  
zu kürzen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD  
und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 684 30

- Zuschuß an die Technologie-  
beratungsstelle beim Deutschen  
Gewerkschaftsbund - Landes-  
bezirk Nordrhein-Westfalen -  
e.V., Oberhausen

den Ansatz von 3 000 000 DM um 400 000 DM auf 3 400 000 DM  
zu erhöhen.

Begründung:

Finanzielle Sicherung der im vergangenen Jahr anfinanzier-  
ten Regionalstelle Köln und Eröffnung der Regionalstelle in  
Münster

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen  
die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

5. Die Fraktion der F.D.P. beantragte bei,

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

einen neuen Titel

- Zuschuß zum Aufbau einer  
Technologieberatungstelle beim  
Deutschen Beamtenbund - Landes-  
verband Nordrhein-Westfalen

mit einem Ansatz von 1 000 000 DM neu auszubringen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P.  
abgelehnt.

6. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

einen neuen  
Titel 684 50

- Förderung von erwerbswirtschaftlichen Beschäftigungsinitiativen

mit einem Ansatz von 2 000 000 DM neu auszubringen.

Begründung:

Die Förderung von Beschäftigungsinitiativen mit mindestens 50 % Eigenbeteiligung solle ermöglicht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

7. Die Fraktion der F.D.P. beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 697 10

- Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten

den Ansatz von 29 000 000 DM um 19 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Gegen die Bezuschussung von Sozialplanhilfen bestünden grundsätzliche ordnungspolitische Bedenken. Die Bewältigung des Strukturwandels und die Schaffung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze könne vom Staat nur durch Verstärkung seiner Anstrengungen im Bereich von Forschung, von der wirksamen Förderung der Modernisierung alter Unternehmen sowie durch die verstärkte Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen verfolgt werden.

Darüber hinaus sei auch der vorgesehene Umfang des Ausgleiches im Hinblick auf die gute Stahlkonjunktur und die verbesserte Ertragslage der Stahlunternehmen für das Jahr 1989 nicht angemessen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titel 697 10

- Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten

die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 50 000 000 DM mit Kassenfälligkeiten in 1990 von 20 000 000 DM und in 1991 von 30 000 000 DM.

Begründung:

Da die im Haushaltsplan 1988 vorgesehene Verpflichtungsermächtigung wegen des Hinausschiebens der geplanten Entlassungen durch die Unternehmen der Stahlindustrie in 1988 nicht mehr in Anspruch genommen zu werden brauchte, jedoch im Jahre 1989 zur Einhaltung der Zusagen des Landes zur Verfügung stehen müsse, sei ihre Wiederveranschlagung notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

9. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 63

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation besonderer Personengruppen des Arbeitsmarktes (Übungswerkstätten)

Titel 893 63

- Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger

die Verpflichtungsermächtigung von 2 500 000 DM um 600 000 DM auf 1 900 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen geringen Bedarfs.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 64

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation Erwachsener (Berufsbildungszentren)

Titel 893 64

- Zuschüsse für Investitionen an freie Träger

die Verpflichtungsermächtigung von 3 000 000 DM um 500 000 DM auf 2 500 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen geringeren Bedarfs.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 65

- Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in NRW

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Kürzung wegen fehlender Begründung für den Haushaltsansatz.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

12. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020

- Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 65

- Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in NRW

Titel 653 65

- Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)

den Ansatz von 2 000 000 DM um 1 600 000 DM auf 3 600 000 DM zu erhöhen.

12a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 1 300 000 DM um 4 400 000 DM auf 5 700 000 DM zu erhöhen.

12b) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

folgende neue Erläuterungen:

Die Mittel sind veranschlagt für folgende Maßnahmen (in Mio DM):

	Hj.1989	Hj.1990	Hj.1991	Hj.1992
1. Förderung modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte	2,0	1,0	0,7	0,3
2. Arbeitsmarktpolitische Frauenprojekte und Modellmaßnahmen zur Eingliederung von Frauen	1,0	1,1	1,1	0,8
3. Modellhafte Maßnahmen zur beschäftigungsorientierten Strukturverbesserung	0,6	0,5	0,2	-
<b>zusammen</b>	<b>3,6</b>	<b>2,6</b>	<b>2,0</b>	<b>1,1</b>

Begründung:

Es solle die Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten mit einer mehr als zweijährigen Laufzeit geschaffen werden, die erforderlich ist wegen der Verknüpfung verschiedener anderer Programme mit einer längeren Laufzeit.

Um ab 01.01.1989 Mittel aus dem EG-Strukturfonds (einschließlich EG-Sozialfonds) erhalten zu können, würden neben den einzusetzenden Programmmitteln zusätzliche Komplementärmittel im Umfang von 50 % benötigt.

Außerdem sollten modellhafte Projekte zur Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt, insbesondere nach einer Familienphase, gefördert werden können.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

13. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 66 - Arbeitszeitberichterstattung

den Ansatz von 250 000 DM um 250 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Ein dringender Bedarf für zusätzliche Forschungsprojekte sei nicht erkennbar.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

14. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

eine neue

Titelgruppe 67 - Förderung der ehrenamtlichen sozialen Arbeit

mit folgenden Ansätzen auszubringen:

- a) Zuweisungen für die Fortbildung von Fachkräften aller Zweige der sozialen Arbeit, auch für ehrenamtliche Mitarbeiter 2 200 000 DM
- b) Informations- und Werbekampagne für ehrenamtliches soziales Engagement 2 000 000 DM
- c) Förderung von Modellprojekten ehrenamtlicher sozialer Arbeit 2 800 000 DM

Begründungen:

zu a)

Die Fort- und Ausbildungsangebote sollten erweitert werden.

zu b)

Die vorhandene Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung sollte aktiviert und mobilisiert werden.

zu c)

Neue Wege in der Sozialpolitik sollten erprobt werden.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

15. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 70 - Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser

Titel 683 70 - Zuschüsse an private Unternehmen

den Ansatz von 10 520 000 DM um 1 125 000 DM auf 9 395 000 DM zu kürzen.

15a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner,

die Verpflichtungsermächtigung von 7 740 000 DM um 1 930 000 DM auf 5 810 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Bei UT 3 "Vom Konkurs betroffene Jugendliche" bestehe ein geringerer Bedarf. Außerdem sei es notwendig, Haushaltsmittel nach Kapitel 07 020 Titelgruppe 65 umzuschichten.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

16. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen  |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung |

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Das Programm sei zu streichen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

17. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 020</u> | - Allgemeine Bewilligungen  |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung |
| <u>Titel 526 90</u>   | - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben  |

die Verpflichtungsermächtigung von 0 DM um 2 000 000 DM auf 2 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Wegen der langen Laufzeit von Untersuchungen seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe der Baransätze erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. angenommen.

18. Die Fraktionen der CDU und F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 11

- Zuschüsse an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen

den Ansatz von 24 100 000 DM um 2 300 000 DM auf 26 400 000 DM zu erhöhen.

Begründungen:

Die Fraktion der CDU halte eine Ansatzerhöhung zur Abgeltung von Personal- und Sachkostensteigerungen und zur Abdeckung von strukturellen Haushaltsdefiziten aufgrund gewachsener Aufgaben für notwendig.

Die Fraktion der F.D.P. halte die Ansatzerhöhung für notwendig, um sie gezielt zugunsten des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu verwenden wegen des sich dort ergebenden, strukturellen und aus eigener Kraft nicht mehr auszugleichenden Haushaltsdefizits.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

19. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titel 684 17

- Zuschüsse für Zwecke des Behindertensports

den Ansatz von 680 000 DM um 320 000 DM auf 1 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei wegen der gestiegenen Zahl von Angeboten des Behindertensports und der wachsenden Nachfrage geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

20. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 60

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Durchführung von Erholungsmaßnahmen für alte Menschen

den Ansatz von 7 000 000 DM um 3 000 000 DM auf 10 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

21. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 61

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Förderung von Sozialstationen

Titel 684 61

- Sozialstationen in freier gemeinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 29 040 000 DM um 9 000 000 DM auf 38 040 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung solle zur Absenkung des Personalschlüssels auf durchschnittlich 1 : 3 500 verwendet werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

22. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale  
Hilfen

Titelgruppe 62

- Zuweisungen und Zuschüsse  
zur Förderung der Ausbil-  
dung in staatlich anerkan-  
ten Fachseminaren für Al-  
tenpflege und Familienpflege

Titel 684 62

- Fachseminare in freier ge-  
meinnütziger Trägerschaft

den Ansatz von 10 800 000 DM um 26 000 000 DM auf  
36 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzserhöhung solle es ermöglichen, zusätzliche  
Fachseminare zur Altenpflege aufgrund eines steigenden  
Bedarfs an Altenpflegern/innen einzurichten (2 Mio DM).  
Außerdem solle eine Ausbildungsvergütung von 500 DM  
monatlich an Altenpflegeschüler/innen eingeführt werden  
(24 Mio DM).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthal-  
tung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

23. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale  
Hilfen

eine neue

Titelgruppe 63

- Übernahme von freiwilligen  
Rentenbeitragszahlungen  
für Pflegende von Schwerst-  
pflegebedürftigen

mit einem Ansatz von 20 000 000 DM auszubringen.

Begründung:

Die Übernahme von Rentenbeitragszahlungen für pflegende  
Personen, die wegen der Pflege eines Schwerstpflegebe-  
dürftigen auf Erwerbstätigkeit verzichten müßten, solle  
ermöglicht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD  
und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

24. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 040</u> | - Altenhilfe und soziale Hilfen  |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe   |
| <u>Titel 863 90</u>   | - Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen |

den Ansatz von 22 000 000 DM um 20 000 000 DM auf 42 000 000 DM zu erhöhen.

24a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 040</u> | - Altenhilfe und soziale Hilfen  |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe   |
| <u>Titel 863 90</u>   | - Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen |

die Verpflichtungsermächtigung von 28 300 000 DM um 20 000 000 DM auf 48 300 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die zusätzlichen Haushaltsmittel sollten zur Abdeckung des dringenden Bedarfs an zusätzlichen Einrichtungen der Altenhilfe dienen.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

25. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |  |
|-----------------------|--|
| <u>Kapitel 07 040</u> | - Altenhilfe und soziale Hilfen  |
| <u>Titelgruppe 90</u> | - Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe   |
| <u>Titel 863 90</u>   | - Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen |

den Ansatz von 22 000 000 DM um 2 500 000 DM auf 24 500 000 DM zu erhöhen.

25a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

Kapitel 07 040

- Altenhilfe und soziale Hilfen

Titelgruppe 90

- Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe

Titel 863 90

- Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen

die Verpflichtungsermächtigung von 28 300 000 DM um 2 500 000 DM auf 30 800 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Während aus dem Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - Altenheime gefördert werden könnten, für die kein Bedarf mehr bestehe, bestehe für den wachsenden Bedarf an Pflegeplätzen und des steigenden Sanierungsbedarfs zusätzlicher Förderungsbedarf.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

26. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 11

- Zuschüsse zur Durchführung der sozialen Betreuung der Vertriebenen und Deutschen aus der DDR

den Ansatz von 1 200 000 DM um 1 200 000 DM auf 2 400 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzserhöhung sei wegen der dringenden Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

27. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 13

- Zuschüsse zu Verwaltungskosten der auf Landesebene tätigen Vereinigungen der Vertriebenen und Flüchtlinge (ohne Patenlandsmannschaften) sowie der Vereinigungen der Kriegssachgeschädigten

den Ansatz von 175 000 DM um 50 000 DM auf 225 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abdeckung des dringenden Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

28. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 060

- Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge

Titel 684 15

- Zuschüsse für das "Haus des Deutschen Ostens"

den Ansatz von 1 336 900 DM um 200 000 DM auf 1 536 900 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abgeltung von Kostensteigerungen geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

29. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung und  
Maßregelvollzug

eine neue  
Titelgruppe 63

- Förderung der Umwidmung von  
Krankenhaus- in Pflege-  
betten

mit einem Ansatz von 12 000 000 DM auszubringen.

29a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

Kapitel 07 070

- Krankenhausförderung und  
Maßregelvollzug

bei der neuen

Titelgruppe 63

- Förderung der Umwidmung von  
Krankenhaus- in Pflegebetten

eine Verpflichtungsermächtigung von 30 000 000 DM auszubringen.

Begründung:

Mit diesen Haushaltsmitteln sollen Hilfen für Krankenhausträger eingeführt werden, die durch die Umwidmung von Betten der Akutversorgung (z.B. für Kurzzeitpflege) mit dazu beitragen, den wachsenden Bedarf an Pflege abzudecken.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

30. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titel 671 00

- Anteilige Erstattung der Personalausgaben für das medizinisch-therapeutische Personal von Schulen für Körperbehinderte an die Landschaftsverbände

den Ansatz von 10 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 12 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die zusätzlichen Haushaltsmittel seien zur Abgeltung des dringenden Mehrbedarfs und zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen notwendig.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

31. Die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. beantragten, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 60

- Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten bzw. Schulen, die notwendigerweise oder tatsächlich mit einem Krankenhaus verbunden sind

den Ansatz von 100 000 000 DM um 100 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

31a) Die Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. beantragten ferner, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 60

- Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten bzw. Schulen, die notwendigerweise oder tatsächlich mit einem Krankenhaus verbunden sind

die Verpflichtungsermächtigungen von 33 300 000 DM um 33 300 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Nach dem Beschluß des zuständigen Bundestagsausschusses vom 14.11.1988 bleibe die Finanzierung der Kosten des theoretischen Teils der Ausbildung des Pflegepersonals Angelegenheit der gesetzlichen Krankenversicherung, entsprechend dem Votum des Bundesrates.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

32. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 73

- Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst

Titel 653 73

- Betriebskosten für Einrichtungen des Rettungsdienstes

den Ansatz von 12 670 000 DM um 8 330 000 DM auf 21 000 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Verpflichtung des Landes zur Beteiligung an den Kosten des Rettungsdienstes geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

33. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 080</u> | - Maßnahmen für das Gesundheitswesen                        |
| <u>Titelgruppe 73</u> | - Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst |
| <u>Titel 883 73</u>   | - Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes        |

die Zweckbestimmung wie folgt zu ergänzen: "an Gemeinden (GV)"

Begründung:

Die Erweiterung der Zweckbestimmung diene der Klarstellung in dem Sinne, daß nur Gemeinden (GV) Zuwendungsempfänger sein könnten.

33a) Die Fraktion der SPD beantragte ferner, bei

- |                       |   |
|-----------------------|---|
| <u>Kapitel 07 080</u> | - Maßnahmen für das Gesundheitswesen                        |
| <u>Titelgruppe 73</u> | - Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungsdienst |
| <u>Titel 883 73</u>   | - Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes        |

den Ansatz von 23 100 000 DM um 730 000 DM auf 23 830 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei zur Abdeckung des aufgelaufenen Investitionsbedarfs im Rettungsdienst erforderlich. Außerdem sei durch Umschichtung der Betriebskosten in die Investitionsförderung ein gegenüber 1988 unveränderter Gesamtansatz der Titelgruppe herbeizuführen.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

34. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 82

- Zuschüsse und Zuweisungen für die Förderung von Entwicklungsvorhaben im medizinischen Bereich

den Ansatz von 2 000 000 DM um 2 000 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

34a) Die Fraktion der CDU beantragte ferner, bei

Kapitel 07 080

- Maßnahmen für das Gesundheitswesen

Titelgruppe 82

- Zuschüsse und Zuweisungen für die Förderung von Entwicklungsvorhaben im medizinischen Bereich

Titel 653 82

- Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)

die Verpflichtungsermächtigung von 1 500 000 DM um 1 500 000 DM auf 0 DM zu kürzen.

Begründung:

Da es sich um Aufgaben der Universitätskliniken des Landes handle, seien die Ansatzkürzungen zur Vermeidung zusätzlicher Kosten geboten.

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

35. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 080</u>	- Maßnahmen für das Gesundheitswesen
<u>Titelgruppe 90</u>	- Seuchenbekämpfung
<u>Titel 685 90</u>	- Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige
<u>Unterteil 3</u>	- Zuschüsse an die Träger der Röntgenschirmbildstellen Rheinland und Westfalen-Lippe

den Ansatz von 1 000 000 DM um 340 000 DM auf 660 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei wegen geringeren Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

36. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

<u>Kapitel 07 110</u>	- Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Strahlenschutz
<u>Titel 811 10</u>	- Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

den Ansatz von 50 000 DM um 1 100 000 DM auf 1 150 000 DM zu erhöhen.

36a. Die Fraktion der SPD beantragte ferner, die Erläuterungen wie folgt neu zu fassen: "Vorgesehen ist die Beschaffung von 2 Laborfahrzeugen zur Gefahrgutüberwachung und die Ersatzbeschaffung von 2 Dienstkraftfahrzeugen für die ZfS."

Begründung:

Mit den Mitteln sollten zwei Laborfahrzeuge zur Überwachung von Gefahrguttransporten beschafft werden. Der Gefahrguttransport sei mit erheblichen potentiellen Gefahren für die Bevölkerung verbunden. Wie Unfälle immer wieder zeigten, sei der Austritt von gefährlichen Stoffen aus Beförderungsmitteln oft verbunden mit Bränden, Explosionen, Bildung von Giftgaswolken und Verschmutzungen des Erdreichs und der Gewässer.

Die Überwachung von Gefahrguttransporten an Be- und Entladestationen habe spektakuläre und tragische Unfälle nicht ausschließen können. Bei wachsender Gefahrgutmenge blieben die Transportfahrzeuge ein zentraler Risikofaktor.

Zu den technischen Mitteln, die eine effizientere Überwachung von Gefahrguttransporten ermöglichten, zählten vor allem mobile Laborfahrzeuge. Mit Hilfe dieser Fahrzeuge sollten vor Ort Proben des Gefahrgutes entnommen und in einer für den Beförderer zumutbaren Zeitdauer analysiert werden. Mit dem Ergebnis der Analyse könnten dann die Einhaltung der gefahrgutspezifischen Vorschriften, insbesondere über die Anforderungen an das Fahrzeug, die Transportbehälter, die Begleitpapiere und die Kennzeichnung der Beförderungseinheiten überprüft und ggf. erforderliche Sanktionen unverzüglich ausgesprochen werden. Das unangemeldete Auftauchen solcher mobilen Gruppen mit der Möglichkeit sofortiger Untersuchungen und Ahndung von Verstößen ließe somit eine vorbeugende Wirkung hinsichtlich einer verstärkten Einhaltung der Sorgfaltspflicht von Fahrern und Spediteuren erwarten.

Die Anträge wurden einstimmig angenommen.

37. Die Fraktion CDU beantragte, das

Kapitel 07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

mit Gesamtausgaben in Höhe von 7 667 000 DM ersatzlos zu streichen.

Begründung:

Durch Übertragung der Aufgaben des Instituts auf die Hochschulen des Landes sollten zusätzliche Kosten vermieden werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

38. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 220 - Landessozialgericht und Sozialgerichte

Titel 517 10 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume

den Ansatz von 3 058 000 DM um 400 000 DM auf 2 658 000 DM zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei wegen geringeren Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

39. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,  
Zuwanderer und ausländische  
Flüchtlinge in Nordrhein-  
Westfalen

Titel 425 10

- Bezüge der Angestellten

den Ansatz von 8 068 600 DM um 1 200 000 DM auf  
9 268 600 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei wegen gestiegener Aussiedler-  
zahlen und wegen der Umwandlung von Aushilfsstellen in  
Planstellen geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung  
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

40. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,  
Zuwanderer und ausländische  
Flüchtlinge in Nordrhein-  
Westfalen

Titel 427 20

- Vergütungen und Löhne für  
Aushilfskräfte

den Ansatz von 1 400 000 DM um 1 200 000 DM auf 200 000 DM  
zu kürzen.

Begründung:

Die Ansatzkürzung sei geboten, um Planstellen einzu-  
richten, da befristete Arbeitsverträge nicht geeignet  
seien, eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung zu ge-  
währleisten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung  
der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

41. Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Kapitel 07 510

- Landesstelle für Aussiedler,  
Zuwanderer und ausländische  
Flüchtlinge in Nordrhein-  
Westfalen

Titel 684 00

- Zuschüsse an Wohlfahrtsver-  
bände und -organisationen  
für fürsorgerische Tätigkeit  
in den Durchgangwohnheimen

den Ansatz von 50 000 DM um 100 000 DM auf 150 000 DM zu erhöhen.

Begründung:

Die Ansatzerhöhung sei wegen gestiegenen Bedarfs geboten.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 07, außer Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - und Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. an.

Bräuer  
Vorsitzender

MM D 1 0 / 3 8 0 7 =40

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

24.11.1988

10. Wahlperiode

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**10/1865**

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des  
Ausschusses für Jugend und Familie

Berichterstatter Abgeordneter Hellwig SPD

### Beschlußempfehlung

Der 39. Landesjugendplan sowie die Kapitel 07 050 und 07 410 werden mit den nachfolgend ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

Allgemeines

Der Ausschuß für Jugend und Familie hat in seinen Sitzungen am 22. September, 3. und 24. November 1988 den 39. Landesjugendplan,

- |                |  |
|----------------|--|
| Kapitel 07 050 | - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales<br>Ausbildungswesen und                      |
| Kapitel 07 410 | - Sozialpädagogisches Institut für Klein-<br>kind- und außerschulische Erziehung (SPI) |

beraten.

Als Vorlagen sind zum Haushaltsentwurf an den Ausschuß für Jugend und Familie eingegangen vom:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales	10/1761 und
des Landes Nordrhein-Westfalen	10/1805
Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen	10/1775

Die vorgenannten Vorlagen lagen den Ausschußmitgliedern zusammen mit verschiedenen Zuschriften als Beratungsunterlagen vor.

Der Ausschuß für Jugend und Familie stimmte in seiner Sitzung am 24. November 1988 über Anträge, über den 39. Landesjugendplan sowie über die Kapitel 07 050 und 07 410 ab.

## Einzelberatung

Der Ausschuß für Jugend und Familie stimmte in seiner Sitzung am 24. November 1988 über die Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU sowie über den 39. Landesjugendplan, über das Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen- und das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) - und über eine Ergänzung des Haushaltsgesetzes ab.

Im einzelnen wurden folgende Anträge gestellt:

1. Die Fraktion der SPD beantragte, in den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989 (Drs. 10/3500, 10/3740 und 10/3780) folgenden neuen § 10 a einzufügen:

" § 10 a

(1) Die Jugendämter sind zuständig für die Bewilligung von Zuweisungen und Zuschüssen zur Förderung der offenen Jugendarbeit, soweit nicht die Zuständigkeit der Landesjugendämter nach § 5 der Landschaftsverbandsordnung vom 27. August 1984 (SGV. NW. 2022) gegeben ist. Dies gilt auch für eigene Maßnahmen der Jugendämter.

(2) Die Jugendämter bewirtschaften die hierfür im Haushaltsplan des Landes vorgesehenen Ausgaben nach Maßgabe allgemeiner Weisungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Satz 1 gilt entsprechend für die Erhebung der mit der Bewirtschaftung der Ausgaben zusammenhängenden Einnahmen."

### Begründung

Nach Auffassung der Fraktion der SPD sei diese Änderung die Voraussetzung für das neue Verfahren zur Förderung der offenen Jugendarbeit. Sie erlaube die Verlagerung der Zuständigkeit auf die Jugendämter, ohne daß die Richtlinien inhaltlich bereits umgestellt sein müssen.

Nach Auffassung der Fraktion der CDU käme eine solche Änderung des Haushaltsgesetzes erst dann in Betracht, wenn die geänderten Richtlinien vorlägen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen. \*)

2. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungs-  
wesen

Titel 684 10

- Zuschüsse für die Aufgaben  
der überörtlichen Organisa-  
tionen der Familienhilfe  
und Jugendhilfe (Landesor-  
ganisationen und Fachver-  
bände)

Unterteil 3

- Organisationen der Familien-  
hilfe

den Ansatz von 630 800 DM um 10 000 DM auf 640 800 DM  
zu erhöhen.

Begründung

Mit der Erhöhung solle die Förderung des Kinderschutzbundes verbessert werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungswesen

Titelgruppe 60

- Förderung der Familienhilfe  
und Kinderhilfe

Titel 684 60

- Zuschüsse an Organisationen  
der freien Wohlfahrtspflege

den Ansatz von 33 867 000 DM um 4 200 000 DM auf  
38 067 000 DM zu erhöhen.

Von der Ansatzerhöhung entfallen auf

- die Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen (UT 1)	800 000 DM
- die Schwangerschaftskonflikt- beratungsstellen (UT 2)	2 900 000 DM
- die Familienerholungs- maßnahmen (UT 5)	500 000 DM

Begründung

Die Erhöhung sei erforderlich für die Prävention bei der Schwangerschaftskonfliktberatung, die Einbeziehung zusätzlicher kirchlicher Beratungsstellen in die Förderung nach den neuen Richtlinien sowie für die Fortbildungs- und Dokumentationshilfen bei der Schuldnerberatung.

Darüber hinaus gehe es um die Anhebung der Tagessätze für sozialschwache Teilnehmer an Ferienmaßnahmen.

Die Fraktion der CDU hatte zu Titel 684 60 einen eigenen Antrag eingebracht. Da es sich bei dem SPD-Antrag um den weitergehenden Antrag handelte, schloß sie sich diesem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

4. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungswesen

Titelgruppe 61

- Landesjugendplan

den Ansatz von 172 294 000 DM um 17 645 000 DM auf 189 939 000 DM zu erhöhen.

Entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD sollten die Erhöhungen auf folgende Positionen (Titel und Unterteile) entfallen:

1. Bildungsmaßnahmen der Jugendverbände,  
Titel 684 61, UT 2, Pos. I.2 Landes-  
jugendplan + 3 500 000 DM

Begründung

Die Mittel sollten zur Erhöhung der Tagessätze und Verstärkung der Maßnahmen eingesetzt werden.

Die Fraktion der CDU hatte einen eigenen Antrag eingebracht. Da es sich bei dem SPD-Antrag um den weitergehenden Antrag handelte, schloß sich die Fraktion der CDU dem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

2. Kulturelle Jugendbildung, Titel 684 61,  
UT 3, insgesamt + 300 000 DM  
davon
  - Pos. I.3 a Landesjugendplan + 100 000 DM
  - Pos. I.3 c Landesjugendplan + 100 000 DM
  - Pos. I.3 d Landesjugendplan + 100 000 DM

Begründung

Die zusätzlichen Mittel sollten zur Verstärkung der kulturellen Arbeit eingesetzt werden.

Die Fraktion der CDU schloß sich diesen Anträgen an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

3. Fachkräfte der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit, Titel 684 61, UT 5, Pos. I.8 Landesjugendplan + 3 000 000 DM

Begründung

Mit der Erhöhung des Ansatzes solle zum einen die Wiederbesetzungssperre, die bei der Kleinheit der Einheiten in der Jugendarbeit unvertretbar sei, aufgehoben werden, (500 000 DM) und zum andern die Zahl der hauptberuflichen Fachkräfte, insbesondere für neue bzw. unzureichend besetzte Aufgabenfelder, wie die kulturelle und sportliche Jugendarbeit erhöht werden (2 500 000 DM).

Die Fraktion der CDU schloß sich diesem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

4. Förderung von Informationsfahrten nach Berlin, an die Grenze zur DDR, in die DDR sowie Begegnungsfahrten in die DDR und nach Berlin (Ost), Titel 684 61, UT 8, Pos I.11 a Landesjugendplan + 500 000 DM

und zugleich Ergänzung der Erläuterung um die Worte "sowie Fahrten zu Gedenkstätten für Verbrechen des Nationalsozialismus".

Begründung

Mit der Erhöhung und der Ergänzung der Erläuterung sollten Fahrten zu Gedenkstätten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus finanziert und damit ermöglicht werden.

Die Fraktion der CDU schloß sich diesem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. angenommen.

5. Besondere Maßnahmen auf dem Gebiet  
des Jugendwesens, Titel 684 61, UT 9,  
Pos. I.12 Landesjugendplan + 1 000 000 DM

Begründung

Mit der Erhöhung sollten zukunftsweisende Initiativen auf dem Gebiet der Jugendarbeit finanziert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P angenommen.

6. Betriebskostenzuschüsse für  
Jugendbildungsstätten, Titel  
684 61, UT 10, Pos. I.14 Lan-  
desjugendplan + 400 000 DM

Begründung

Zur Existenzsicherung der Einrichtungen müßten die erforderlichen Verwaltungskräfte mit 20 000 DM je Jugendbildungsstätte in die Förderung einbezogen werden.

Die Fraktion der CDU schloß sich diesem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Zu den Positionen I.1, I.2, I.3 a, I.3 b, I.3 d und I.7, werden in den jeweiligen Erläuterungen die angeführten Teilnehmertagesätze von bisher 35 DM auf 40 DM geändert. In der Position I.14 werden in der Erläuterung die angeführten Jahresförderungsbeträge wie folgt geändert:

Von bisher 124 800 DM auf nunmehr 144 000 DM,  
von bisher 207 600 DM auf nunmehr 228 000 DM,  
von bisher 312 000 DM auf nunmehr 336 000 DM.

Begründung

Bei dieser Ergänzung der Erläuterungen handele es sich um die Auswirkung der vorhergehenden Beschlüsse.

Die Erhöhung der Teilnehmertagesätze bei den Pos. I. 1 und I. 3 b) erfolgt aus Gründen der Einheitlichkeit und ist möglich, weil es sich Höchst- und nicht Festbeträge handelt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. \*)

7. Offene Jugendarbeit, Titel 653 61 und 684 61, jeweils UT 13 und Titel 684 61, UT 14, Pos. II.1 und II.2 Landesjugendplan  
Zusammenfassung der beiden Unterteile mit der neuen Bezeichnung: "Betriebskostenzuschüsse für die offene Jugendarbeit"
- |                             |                |
|-----------------------------|----------------|
| Titel 653 61 (bisher UT 13) | + 3 200 000 DM |
| Titel 684 61 (bisher UT 13) | + 7 960 000 DM |
| Titel 684 61 (bisher UT 14) | - 3 160 000 DM |

#### Begründung

Zur Sicherung der offenen Jugendarbeit und Aufrechterhaltung der gewachsenen Strukturen bei gleichzeitiger Verfahrensumstellung mit dem Ziel einer verantwortlichen Einbeziehung der örtlichen Jugendämter in die Verteilung der Landesmittel und einer gerechteren Verteilung der Landesmittel müsse diese Umstellung erfolgen.

Demgegenüber beantragte die Fraktion der CDU die Beibehaltung der bisherigen Struktur und Zweckbestimmung sowie eine Erhöhung um 8 Mio DM bei diesen Positionen des Landesjugendplans.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt. \*)

Der Antrag der Fraktion der SPD wurde gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Die Zweckbestimmung und die Erläuterungen in der Beilage 3 zu Epl 07 erhalten die aus der Anlage 1 ersichtliche Fassung.

8. Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf, Titel 653 61 und 684 61, jeweils UT 16, Pos. III.3 Landesjugendplan
- |              |                |
|--------------|----------------|
| Titel 653 61 | - 1 255 000 DM |
| Titel 684 61 | - 1 300 000 DM |

#### Begründung

Die Kürzung werde im Hinblick auf den Rückgang der Zahl von Schülern ohne Hauptschulabschluß erforderlich.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

9. Jugendferienmaßnahmen,  
Titel 684 61, UT 17, Pos.  
IV.1 Landesjugendplan + 1 500 000 DM

Begründung

Mit der Anhebung der Tagessätze (neuer Höchstsatz 10 DM) solle Kindern und Jugendlichen aus sozial-schwachen Familien die Teilnahme ermöglicht werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

In der Erläuterung zu der Position IV.1 solle der angeführte Teilnehmertagessatz von bisher 8 DM auf nunmehr 10 DM geändert werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. \*)

10. Kindererholungsmaßnahmen,  
Titel 653 61 und 684 61,  
jeweils UT 18, Pos. IV.2  
Landesjugendplan  
Titel 653 61 + 180 000 DM  
Titel 684 61 + 800 000 DM

Begründung

Auch mit diesen Erhöhungen solle Kindern und Jugendlichen aus sozial-schwachen Familien eine Teilnahme ermöglicht werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

11. Schulungsmaßnahmen für Leiter  
und Helfer in der Kindererholung  
Titel 684 61, UT 19, Pos. IV.2  
Landesjugendplan + 20 000 DM

Begründung

Die Erhöhung solle zum Ausgleich der Kostensteigerung der letzten Jahre bei der Schulung der ehrenamtlichen Helfer verwandt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

12. Planungs- und Leitungsaufgaben  
der auf Landesebene anerkannten  
Jugendverbände, Titel 684 61,  
UT 27, Pos. VI.2 Landesjugendplan + 400 000 DM

Begründung

Mit der Erhöhung solle der höhere Aufwand wegen gestiegener Probleme und höherer Differenzierungsgrade in der Jugendbildung und Jugendarbeit ausgeglichen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

13. Planungs- und Leitungsaufgaben der Trägergruppen von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Titel 684 61, UT 29, Pos. VI.4 Landesjugendplan + 40 000 DM

Begründung

Auch mit dieser Erhöhung solle der höhere Aufwand in der Jugendbildung und Jugendarbeit ausgeglichen werden (siehe auch Nr. 12).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

14. Planungs- und Leitungsaufgaben der Landes- und Bezirksarbeitsgemeinschaften für kulturelle Jugendbildung, Titel 684 61, UT 30, Pos. VI.5 Landesjugendplan + 60 000 DM

Begründung

Siehe Nummern 12 und 13.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

15. Sonderurlaubsgesetz, Titel 681 61, UT 33, Pos. VII Landesjugendplan + 500 000 DM

Begründung

Mit der Erhöhung solle eine Anpassung an den Bedarf vorgenommen werden.

Hierzu lag ein deckungsgleicher Antrag der Fraktion der CDU vor.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Soweit dies bei den vorhergehenden Positionen nicht bereits im einzelnen beschlossen wurde, ist der Wortlaut der Erläuterungen zum Haushaltsplan und in der Beilage 3 zum Epl 07 redaktionell anzupassen.

5. Zusätzlich beantragte die Fraktion der CDU, bei

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungs-  
wesen

Titel 684 61

Unterteil 7

- Förderung Internationaler  
Begegnungen im Rahmen der  
Jugendarbeit (LJP I.10 a)

den Ansatz von 575 000 DM um 200 000 DM auf 775 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Mit der Erhöhung sollten Jugendbegegnungen mit dem Schwerpunkt deutsch-israelische Jugendbegegnungen zusätzlich gefördert werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

6. Zu

Kapitel 07 050

- Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungs-  
wesen

Titelgruppe 63

- Förderung der erzieherischen  
Jugendhilfe

wurden folgende Anträge gestellt:

a) Die Fraktion der CDU beantragte, bei

Titel 653 63

- Zuweisungen an Träger der  
öffentlichen Jugendhilfe

Unterteil 2

- Förderung der Personalaus-  
gaben für Familienhelfer  
und Leitungsfachkräfte der  
sozialpädagogischen Fami-  
lienhilfe

den Ansatz von 607 900 DM um 100 000 DM auf 707 900 DM zu erhöhen.

Begründung

Die Erhöhung solle zur Sicherung der derzeitigen Finanzierung und Übernahme weiterer Fachkräfte verwandt werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

b) Die Fraktion der CDU beantragte ferner,

bei Titel 684 63

- Zuschüsse an Träger der  
freien Jugendhilfe

Unterteil 2

- Förderung der Personalausgaben für Familienhelfer und Leitungsfachkräfte der sozialpädagogischen Familienhilfe

den Ansatz von 3 100 800 DM um 400 000 DM auf 3 500 800 DM zu erhöhen.

Begründung

Siehe Nummer 6 a).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

c) Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Titel 684 63

Unterteil 3

- Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Beratungsstelle für Kinderhäuser

den Ansatz von 204 000 DM um 16 000 DM auf 220 000 DM zu erhöhen.

Begründung

Hierdurch sollte eine Umschichtung von Haushaltsmitteln von Unterteil 4 auf Unterteil 3 vorgenommen werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

d) Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Titel 684 63

Unterteil 4

- Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Jugendhilfeeinrichtungen für straffällig gewordene Jugendliche "Die Brücke" in Bielefeld, Duisburg, Köln, Olpe, Siegen und Münster

den Ansatz von 1 359 700 DM um 16 000 DM auf 1 343 700 DM zu kürzen.

Der Gesamtansatz des Titels 684 63 wird dadurch unverändert erhalten.

Begründung

Siehe Nummer 6 c).

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen.

7. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungswesen

Titelgruppe 64 - Förderung von Einrichtungen  
der Familienbildung nach den  
Vorschriften des Weiterbil-  
dungsgesetzes

a) Titel 653 64 - Zuweisungen an Gemeinden

Unterteil 1 - Für hauptberuflich tätige  
pädagogische Mitarbeiter  
nach § 24 Abs. 2 WbG (15  
Mitarbeiter je 30 000 DM)

den Ansatz von 450 000 DM um 45 000 DM auf 495 000 DM zu erhöhen.

b) Zugleich soll der Ansatz bei

Titel 684 64 - Zuschüsse an freie Träger

Unterteil 1 - Für hauptberuflich tätige  
pädagogische Mitarbeiter  
nach § 24 Abs. 2 WbG  
(420 Mitarbeiter je  
30 000 DM)

von 12 600 000 DM um 1 260 000 DM auf 13 860 000 DM erhöht werden.

c) Die Fraktion der SPD beantragte, bei den genannten Haushaltsstellen die Erläuterung zu UT 1 wie folgt zu fassen:

" 1. Mitarbeiter nach § 24 Abs. 2 WbG (33 000 DM)."

Die Anträge wurden mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

8. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungs-  
wesen
- Titel 684 30 - Zuschuß an das Deutsche  
Jugendinstitut e.V., München

den Ansatz von 365 000 DM um 345 000 DM auf 20 000 DM  
zu kürzen.

Zugleich soll bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungswesen
- Titelgruppe 66 - Veranstaltungen, Untersuchun-  
gen und Informationsmaßnahmen  
auf den Gebieten der Jugend-  
und Familienhilfe sowie des  
Sozialen Ausbildungswesens
- Titel 684 66 - Zuschüsse an freie Träger  
- 15 -

der Ansatz von 16 000 DM um 345 000 DM auf 361 000 DM  
erhöht und folgender Haushaltsvermerk ausgebracht werden:  
"Ausgaben in Höhe von 345 000 DM sind gesperrt."

In den Erläuterungen wird in Satz 1 hinter das Wort  
"fachliche" das Wort "Untersuchungen," eingefügt.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD  
gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen. \*)

9. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

- Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungs-  
wesen
- Titelgruppe 82 - Förderung der Betriebskosten  
von anderen Tageseinrichtungen  
für Kinder und der Investi-  
tionskosten von Kindergärten  
und anderen Tageseinrichtungen  
für Kinder
- Titel 893 82 - Zuschüsse an Träger der freien  
Jugendhilfe zu den Bau- und  
Einrichtungskosten gem. §§ 10  
und 16 KgG und für andere Ta-  
geseinrichtungen für Kinder

den Ansatz von 21 500 000 DM um 5 000 000 DM auf  
26 000 000 DM und die Verpflichtungsermächtigung von  
16 000 000 DM um 20 000 000 DM auf 36 000 000 DM zu  
erhöhen.

Begründung

Die Erhöhungen sind für Um- und Erweiterungsbauten sowie zur Schaffung kostengünstiger Plätze zur Aufnahme von Aussiedlerkindern erforderlich.

Die Fraktion der CDU hatte einen eigenen Antrag eingebracht. Da es sich bei dem SPD-Antrag um den weitergehenden Antrag handelte, schloß sich die Fraktion der CDU dem Antrag an.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

10. Die Fraktion der SPD beantragte, bei

Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe  
und Soziales Ausbildungswesen

folgende neue

Titelgruppe 83 - Informationsmaßnahmen "Kinder  
sind unsere Zukunft"

mit der aus der Anlage 2 ersichtlichen Fassung und mit einem Ansatz von 400 000 DM auszubringen.

Begründung

Der neue Ansatz sei vorgesehen für die Durchführung der Informationsmaßnahmen der Landesregierung unter dem Leitmotiv "Kinder sind unsere Zukunft".

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. angenommen.

Abschließend nahm der Ausschuß für Jugend und Familie den 39. Landesjugendplan und das Kapitel 07 050 - Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen - unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an. Das Kapitel 07 410 - Sozialpädagogisches Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung (SPI) wurde unverändert mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU angenommen. \*)

Hellwig  
Vorsitzender

\*) Bei Abwesenheit des Vertreters der Fraktion der F.D.P.

MM D 1 0 / 3 8 0 7 - 5 5

I. Zweckbestimmung: "Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten"

II. Erläuterung:

"Zu Pos. II 1:

a) Fortführung der bisherigen Förderung

Zu den Betriebskosten (Personal- und Sachausgaben) von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit werden deren Trägern Zuwendungen in Form von Jahresförderungsbeiträgen gewährt.

Für Heime der offenen Tür beträgt die Zuwendung

- bei Anstellung von 1 hauptberuflichen Fachkraft bis zu .....	57 000 DM
- bei Anstellung von 2 hauptberuflichen Fachkräften bis zu .....	90 900 DM
- bei Anstellung von 3 hauptberuflichen Fachkräften bis zu .....	124 800 DM

Zusätzlich können gewährt werden

- bei Anstellung von einer hauptberuflichen Kraft des haustechnischen Dienstes bis zu .....	28 500 DM
- bei Beschäftigung von zusätzlichen Honorarkräften mit einem Honorarsatz von bis zu 20,- DM je Arbeitsstunde jeweils bis zu .....	20 400 DM

Die Monatspauschale zur Verminderung des Jahresförderungsbeitrages (Nr. 4.3.7 der Allgemeinen Förderrichtlinien zum Landesjugendplan) beträgt 2.200,- DM.

Für Jugendfreizeitstätten mit einer bestimmten wöchentlichen Betriebszeit ausschließlich für offene Jugendarbeit und einer hauptberuflichen Fachkraft von wenigstens 20 Wochenstunden (Kleine Heime der offenen Tür) beträgt die Zuwendung bis zu .....	28 500 DM
---	-----------

Zu den Betriebskosten (Personalkosten für nebenberufliche oder ehrenamtliche Kräfte und Sachausgaben) von Heimen der teiloffenen Tür werden Trägern der freien Jugendhilfe Zuschüsse in Form von Jahresförderungsbeiträgen bis zu 6.000 DM gewährt.

b) Neu in die Förderung einzubeziehende Einrichtungen

Einzelheiten der Förderung werden vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales festgelegt.

c) Das Verfahren

Bei der Fortführung der bisherigen Förderung sowie bei den neu in die Förderung einzubeziehenden Einrichtungen wird das Verfahren vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales bestimmt.

Titelgruppe 83

Informationsmaßnahmen "Kinder sind unsere Zukunft"

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.
2. Die Ausgaben bei den Titeln 526 83, 531 83 und 541 83 sind gegenseitig deckungsfähig.
3. Bei den Titeln 547 83, 653 83 und 684 83 dürfen Ausgaben bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln 526 83, 531 83 und 541 83 geleistet werden.
4. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.

	Ansatz 1989 DM	Ansatz 1988 DM	mehr/weniger DM	Ist 1987 TDM
526 83 237	50.000	-	+ 50.000	-
531 83 237	175.000	-	+ 175.000	-
541 83 237	175.000	-	+ 175.000	-
547 83 237	-	-	-	-
653 83 237	-	-	-	-
684 83 237	-	-	-	-
Summe Titelgruppe 83	400.000	-	+ 400.000	-

MM D 1 0 / 3 8 0 7

56

Erläuterung:

Zu Titelgruppe 83:

Vorgesehen für die Durchführung von Informationsmaßnahmen der Landesregierung unter dem Leitmotiv "Kinder sind unsere Zukunft".

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1989

- Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales -
1. Änderungen bei den Haushaltsansätzen
  2. Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

MM D 10 / 3807 -57

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Hinweis zu den einzelnen Titeln:</u>			
	Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.			
07 010	<u>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</u>			
525 10	<u>Aus- (und Fort-)bildung der Bediensteten</u> (Haushaltsvermerk unverändert)	20.000	+ 40.000	60.000
07 020	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			
526 40	<u>Untersuchung von Wirtschaftlichkeitsfragen (Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben)</u> Haushaltsvermerk: <u>Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 526 91.</u>	-	+ 200.000	200.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
0	+ 100.000 = <u>100.000</u>			
684 30	Zuschuß an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - e.V., Oberhausen	3.000.000	+ 400.000	3.400.000
697 10	Hilfsmaßnahmen für Unternehmen der Stahlindustrie zum teilweisen Ausgleich von Sozialplankosten	29.000.000	-	29.000.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
0	+ 50.000.000 = 50.000.000			
	fällig 1990: <u>20.000.000</u>			
	fällig 1991: <u>30.000.000</u>			

MM D 10 / 3807 - 58

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

MM D 10 / 3807 -59

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>TGr. 63</u>	Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation besonderer Personengruppen des Arbeitsmarktes (Übungswerkstätten) (Haushaltsvermerke unverändert)	4.000.000	-	4.000.000
893 63	Zuschüsse für Investitionen an sonstige Träger <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 2.500.000 - 600.000 = 1.900.000			
<u>TGr. 64</u>	Zuweisungen und Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und - in Ausnahmefällen - zum Erwerb von Einrichtungen zur Verbesserung der beruflichen Qualifikation Erwachsener (Berufsbildungszentren) (Haushaltsvermerke unverändert)	5.400.000	-	5.400.000
893 64	Zuschüsse für Investitionen an freie Träger <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 3.000.000 - 500.000 = 2.500.000			
<u>TGr. 65</u>	Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik in NRW (Haushaltsvermerke unverändert)	2.000.000	+ 1.600.000	3.600.000
653 65	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV) <u>Verpflichtungsermächtigung:</u> 1.300.000 + 4.400.000 = 5.700.000			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(noch 07 020)	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> Die Mittel sind veranschlagt für folgende Maßnahmen (in Mio DM): Hj.1989 Hj.1990 Hj.1991 Hj.1992			
	1. Förderung modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte	2,0 1,0 0,7 0,3		
	2. Arbeitsmarktpolitische Frauenprojekte und Modellmaßnahmen zur Eingliederung von Frauen	1,0 1,1 1,1 0,8		
	3. Modellhafte Maßnahmen zur beschäftigungsorientierten Strukturverbesserung	0,6 0,5 0,2 -		
	zusammen	3,6 2,6 2,0 1,1		
<u>TGr.70</u>	Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung jugendlicher Arbeitsloser (Haushaltsvermerke unverändert)			
683 70	Zuschüsse an private Unternehmen	10.520.000	- 1.125.000	9.395.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	7.740.000 - 1.930.000 = 5.810.000			
<u>TGr.90</u>	Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen sowie Untersuchungen und Feldversuche zur sozialen Technikgestaltung (Haushaltsvermerke unverändert)			

MM 010/3807 =60

5  
 Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(noch 07 020)				
526 90	Kosten für Sachverständige und Untersuchungs- vorhaben	2.000.000	-	2.000.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
0	+ 2.000.000 = 2.000.000			
07 040	<u>Altenhilfe und soziale Hilfen</u>			
684 17	Zuschüsse für Zwecke des Behindertensports (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	680.000	+ 320.000	1.000.000
<u>TGr.90</u>	Förderung von Einrichtungen der Altenhilfe (Haushaltsvermerke unverändert)			
863 90	Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Einrichtungen der Altenhilfe und zum Erwerb solcher Einrichtungen in be- sonderen Fällen (Haushaltsvermerk unverändert)	22.000.000	+ 2.500.000	24.500.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	28.300.000 + 2.500.000 = 30.800.000			

MM B 1 0 / 3 8 0 7 - 6 1

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

6

MM 010/3807 - 62

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
07 050	Familienhilfe, Jugendhilfe und Soziales Ausbildungswesen			
684 10	Zuschüsse für die Aufgaben der überörtlichen Organisationen der Familienhilfe und Jugendhilfe (Landesorganisationen und Fachverbände) (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	1.185.000	+ 10.000	1.195.000
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
	UT. 3 Organisationen der Familienhilfe 630.800 + 10.000 = <u>640.800</u>			
684 30	Zuschuß an das Deutsche Jugendinstitut e.V., München	365.000	- 345.000	20.000
<u>IGr. 60</u>	Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe			
684 60	Zuschüsse an Organisationen der freien Wohlfahrtspflege (Haushaltsvermerk und Verpflichtungsermächtigung unverändert )	33.867.000	+ 4.200.000	38.067.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u>			
	UT. 1 Personalkostenzuschüsse an Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen (für die Arbeitsgemeinschaft auch die Betriebskostenzuschüsse) 24.017.000 + 800.000 = <u>24.817.000</u>			
	UT. 2 Beratungsstellen für Familienplanung und Schwangerschaftsberatung 4.530.000 + 2.900.000 = <u>7.430.000</u>			
	UT. 5 Förderung von Familienerholungsmaßnahmen 3.200.000 + 500.000 = <u>3.700.000</u>			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

7

MM D 1 0 / 3 8 0 7

- 6 3

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)				
<u>TGr. 61</u>	Landesjugendplan (Haushaltsvermerk unverändert)			
653 61	Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe	36.598.000	+ 2.125.000	38.723.000
	Änderung der Erläuterungen <u>Zusammenfassung der UT. 13 und UT. 14</u> UT. 13 Betriebskostenzuschüsse für die offene Jugend- arbeit (LJP II/1)			
	28.270.000 + 3.200.000 = 31.470.000			
	UT. 14 entfällt			
	UT. 16 Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf (LJP III/3)			
	7.426.000 - 1.255.000 = 6.171.000			
	UT. 18 Förderung von Kindererholungsmaßnahmen (LJP IV/2)			
	800.000 + 180.000 = 980.000			
681 61	Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsge- währung nach dem Sonderurlaubsgesetz (Verpflichtungsermächtigung unverändert) <u>Änderung der Erläuterungen</u> UT. 33 Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubs- gewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz (LJP VII)	3.500.000	+ 500.000	4.000.000
	3.500.000 + 500.000 = 4.000.000			
684 61	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Haushaltsvermerke und Verpflichtungsermächtigung unverändert)	122.296.000	+15.020.000	137.316.000

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
UT. 2	Förderung von Bildungsmaßnahmen der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände (LJP I/2)			
	14.045.000 + 3.500.000 = <u>17.545.000</u>			
UT. 3	Förderung von Bildungsmaßnahmen sonstiger Träger der freien Jugendhilfe sowie des Betriebs von Jugendkunstschulen (LJP I/3 a, b, c, d)			
	2.348.000 + 300.000 = <u>2.648.000</u>			
UT. 5	Förderung der Beschäftigung von Fachkräften der Bildungsarbeit in der außerschulischen Jugendarbeit (LJP I/8)			
	14.720.000 + 3.000.000 = <u>17.720.000</u>			
UT. 8	Förderung von Informationsfahrten nach Berlin, an die Grenze zur DDR, in die DDR, Begegnungsfahrten in die DDR und nach Berlin (Ost) sowie Fahrten zu Gedenkstätten von Verbänden des Nationalsozialismus (LJP I/11 a)			
	330.000 + 500.000 = <u>830.000</u>			
UT. 9	Förderung besonderer Maßnahmen auf dem Gebiet des Jugendwesens (LJP I/12)			
	600.000 + 1.000.000 = <u>1.600.000</u>			
UT. 10	Betriebskostenzuschüsse für Jugendbildungsstätten (LJP I/14)			
	2.910.000 + 400.000 = <u>3.310.000</u>			
UT. 13	Betriebskostenzuschüsse für die offene Jugendarbeit (LJP II/4)			
	32.755.000 + 7.960.000 = <u>40.715.000</u>			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

60

MM D 1 0 / 3 8 0 7 - 6 5

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050) noch 684 51	<p>UT. 14 Betriebskostenzuschüsse für Heime der teil- offenen Tür (LJP II/2) (wird mit LJP II/1 zusammengefaßt) 3.160.000 - 3.160.000 = 0</p> <p>UT. 16 Förderung sozialpädagogischer Hilfen für junge Menschen im Übergang von der Schule zum Beruf (LJP III/3) 16.024.000 - 1.300.000 = <u>14.724.000</u></p> <p>UT. 17 Förderung von Jugendferienmaßnahmen (LJP IV/1) 7.250.000 + 1.500.000 = <u>8.750.000</u></p> <p>UT. 18 Förderung von Kindererholungsmaßnahmen (LJP IV/2) 4.100.000 + 800.000 = <u>4.900.000</u></p> <p>UT. 19 Förderung von Schulungsmaßnahmen für Leiter und Helfer in der Kindererholung (LJP IV/2) 100.000 + 20.000 = <u>120.000</u></p> <p>UT. 27 Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der auf Landesebene anerkannten Jugendverbände (LJP VI/2) 4.080.000 + 400.000 = <u>4.480.000</u></p> <p>UT. 29 Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Trägergruppen von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit (LJP VI/4) 380.000 + 40.000 = <u>420.000</u></p> <p>UT. 30 Förderung der Planungs- und Leitungsaufgaben der Landes- und Bezirksarbeitsgemeinschaft für kulturelle Jugend- bildung (LJP VI/5) 555.000 + 60.000 = <u>615.000</u></p>			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)				
<u>I Gr. 63</u>	Förderung der erzieherischen Jugendhilfe (Haushaltsvermerk unverändert)			
684 63	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe (Verpflichtungsermächtigung unverändert)	7.935.600	-	7.935.600
	<u>Änderung der Erläuterungen</u>			
	UT. 3 Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Beratungsstelle für Kinderhäuser			
	204.000 + 16.000 = <u>220.000</u>			
	<u>UT. 4 Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben der Jugendhilfeeinrichtungen für straffällig gewordene Jugendliche "Die Brücke" in Bielefeld, Duisburg, Köln, Olpe, Siegen und Münster</u>			
	1.359.700 - 16.000 = <u>1.343.700</u>			
<u>I Gr. 64</u>	Förderung von Einrichtungen der Familienbildung nach den Vorschriften des Weiterbildungsgesetzes (Haushaltsvermerke unverändert)			
653 64	Zuweisungen an Gemeinden	765.000	+ 45.000	810.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u>			
	<u>UT. 1 Mitarbeiter nach § 24 Abs. 2 WbG (33.000 DM)</u>			
	450.000 + 45.000 = <u>495.000</u>			
684 64	Zuschüsse an freie Träger	30.024.700	+ 1.260.000	31.284.700
	<u>UT. 1 Mitarbeiter nach § 24 Abs. 2 WbG (33.000 DM)</u>			
	12.500.000 + 1.260.000 = <u>13.860.000</u>			

MM D 10 / 38 07 - 66

11  
Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)				
<u>I Gr. 66</u>	Veranstaltungen, Untersuchungen und Informationsmaßnahmen auf den Gebieten der Jugend- und Familienhilfe sowie des sozialen Ausbildungswesens (Haushaltsvermerke unverändert)			
	<u>Änderung der Erläuterung</u> In Satz 1 wird hinter das Wort "fachliche" das Wort "Untersuchungen" eingefügt.			
684 66	Zuschüsse an freie Träger <u>Haushaltsvermerk:</u> <u>Ausgaben in Höhe von 345.000 DM sind gesperrt.</u>	16.000	+ 345.000	361.000
<u>I Gr. 82</u>	Förderung der Betriebskosten von anderen Tageseinrichtungen für Kinder und der Investitionskosten von Kindergärten und anderen Tageseinrichtungen für Kinder (Haushaltsvermerke unverändert)			
893 82	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe zu den Bau- und Einrichtungskosten gem. §§ 10 und 16 KGG und für andere Tageseinrichtungen für Kinder (Haushaltsvermerk unverändert)	21.500.000	+ 5.000.000	26.500.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung</u> 16.000.000 + 20.000.000 = <u>36.000.000</u>			

MM D 10 / 3807 - 6 +

12  
Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

MM 010/3307-63

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)				
<u>TGr. 83</u>				
	<u>Informationsmaßnahmen "Kinder sind unsere Zukunft"</u>			
	<u>Haushaltsvermerke:</u>			
	1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.			
	2. Die Ausgaben bei den Titeln 526 83, 531 83 und 541 83 sind gegenseitig deckungsfähig.			
	3. Bei den Titeln 547 83, 653 83 und 684 83 dürfen Ausgaben bis zur Höhe der Einsparungen bei den Titeln 526 83, 531 83 und 541 83 geleistet werden.			
	4. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen unentgeltlich abgegeben werden.			
526 83 (237)	Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	0	+ 50.000	50.000
531 83 (237)	Kosten der Drucklegung und Veröffentlichung	0	+ 175.000	175.000
541 83 (237)	Durchführung von Veranstaltungen, Informationsmaßnahmen, Ausstellungen und Wettbewerben einschließlich der Bereitstellung von Preisen für die Siegerehrung	0	+ 175.000	175.000
547 83 (237)	Wissenschaftliche Hochschulen i.S. von § 1 Abs. 2 WissHG	0	0	0
653 83 (237)	Zuweisungen an Gemeinden (GV)	0	0	0
684 83 (237)	Zuschüsse an freie Träger	0	0	0
	Summe Titelgruppe 83	0	+ 400.000	400.000
	<u>Erläuterung:</u>			
	Zu Titelgruppe 83:			

Erläuterung:

Zu Titelgruppe 83:

13  
Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
------------------	--	----------------------------------	-------------------------------	--------------------

Vorgesehen für die Durchführung von Informationsmaßnahmen der Landesregierung unter dem Leitmotiv "Kinder sind unsere Zukunft".

07 080	<u>Maßnahmen für das Gesundheitswesen</u>			
TGr.60	Ausbildung von Medizinalpersonen an Lehranstalten bzw. Schulen, die notwendigerweise oder tatsächlich mit einem Krankenhaus verbunden sind			
653 60	Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden und Gemeindeverbände	27.000.000	- 27.000.000	0
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	9.000.000 - 9.000.000 = 0			
656 60	Zuweisungen für laufende Zwecke an Sozialversicherungs-träger	4.000.000	- 4.000.000	0
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	1.300.000 - 1.300.000 = 0			
683 60	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	30.000.000	- 30.000.000	0
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	10.000.000 - 10.000.000 = 0			
684 60	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	39.000.000	- 39.000.000	0
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u>			
	13.000.000 - 13.000.000 = 0			

Die Zweckbestimmungen und die Erläuterungen entfallen.

TGr.73 Änderung des Titelgruppentextes:

Zuweisungen aufgrund des Gesetzes über den Rettungs-

MM D 1 0 / 3 8 0 7 - 6 5

14  
Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen bei den Haushaltsansätzen

MM D 1 C / 3807 - 70

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 080)	dienst an <u>Gemeinden (GV)</u>			
883 73	Zuweisungen für Einrichtungen des Rettungsdienstes an <u>Gemeinden (GV)</u>	23.100.000	+ 730.000	23.830.000
TGr.90	Seuchenbekämpfung			
685 90	Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige	1.300.000	- 340.000	960.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u>			
	UT 3 Zuschüsse an die Träger der Röntgenschirmbild- stellen Rheinland und Westfalen-Lippe			
	1.000.000 - 340.000 = <u>660.000</u>			
07 110	<u>Staatl. Gewerbeärzte und Zentralstelle für Sicherheits- technik und Strahlenschutz</u>			
811 10	Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen <u>Neufassung der Erläuterungen:</u> <u>Vorgesehen ist die Beschaffung von 2 Laborfahrzeugen</u> <u>zur Gefahrgutüberwachung und die Ersatzbeschaffung von</u> <u>2 Dienstkraftfahrzeugen für die ZfS.</u>	50.000	+1.100.000	1.150.000
07 220	<u>Landessozialgericht und Sozialgerichte</u>			
517 10	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	3.058.000	- 400.000	2.658.000

15  
 Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

MM D 1 0 / 3 8 0 7 271

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
(07 050)	Änderungen des <del>39</del> Landesjugendplans (Beilage 3 zu Einzelplan 07)			
I	<u>BILDUNGSAUFGABEN</u>			
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
	In den Erläuterungen der Pos. I 1, I 2, I 3a, I 3b, I 3d und I 7 ist der angeführte Teilnehmertagesatz von bisher 35,-- DM in 40,-- DM zu ändern.			
I 2	Bildungsarbeit der auf Landesebene anerkannten Jugend- verbände	14.045.000	+ 3.500.000	17.545.000
I 3a	Bildungsarbeit im Rahmen der kulturellen Jugendarbeit	1.216.800	+ 100.000	1.316.800
3c	Bildungsarbeit im Rahmen des Betriebs von Jugendkunst- und -kreativitätsschulen	635.800	+ 100.000	735.800
3d	Bildungsarbeit im Rahmen von Aktivitäten sonstiger Träger der Jugendarbeit	375.500	+ 100.000	475.500
I 8	Qualifizierung der Jugendarbeit durch hauptberufliche Fachkräfte	14.720.000	+ 3.000.000	17.720.000
I 11	Berlin-Reisen und Berlin-Seminare, Fahrten an die Grenze zur DDR, Reisen in die DDR, Begegnungsmaßnahmen mit Jugendlichen aus der DDR sowie Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus			
I 11a	im Rahmen der Jugendarbeit	330.000	+ 500.000	830.000
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
	Die Erläuterungen sind um die Worte "sowie Fahrten zu Gedenkstätten von Verbrechen des Nationalsozialismus" zu ergänzen.			
I 12	Besondere Maßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit	600.000	+ 1.000.000	1.600.000
I 14	Qualifizierung der Jugendarbeit in Jugendbildungsstätten	2.910.000	+ 400.000	3.310.000
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
	In der Erläuterung sind die angeführten Jahresförderungs-			

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

16

MM D 10 / 3807 - 72

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
beträge wie folgt zu ändern				
bisher	124.800,-- DM neu	144.000,-- DM		
bisher	207.600,-- DM neu	228.000,-- DM		
bisher	312.000,-- DM neu	336.000,-- DM		
<b>II OFFENE JUGENDARBEIT</b>				
<u>Zusammenfassung der beiden Unterteile mit der neuen Bezeichnung:</u>				
II 1	Jugendarbeit in offenen Jugendfreizeitstätten	64.185.000	+ 8.000.000	72.185.000
<u>Die Erläuterungen werden neu gefaßt</u>				
Zu Pos. II 1:				
a) <u>Fortführung der bisherigen Förderung</u>				
Zu den Betriebskosten (Personal- und Sachausgaben) von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit werden deren Trägern Zuwendungen in Form von Jahresförderungsbeiträgen gewährt.				
Für Heime der offenen Tür beträgt die Zuwendung				
- bei Anstellung von 1 hauptberuflichen Fachkraft bis zu 57.000 DM				
- bei Anstellung von 2 hauptberuflichen Fachkräften bis zu 90.900 DM				
- bei Anstellung von 3 hauptberuflichen Fachkräften bis zu 124.800 DM				
Zusätzlich können gewährt werden				
- bei Anstellung von einer hauptberuflichen Kraft des haustechnischen Dienstes bis zu 28.500 DM				
- bei Beschäftigung von zusätzlichen Honorarkräften mit einem Honorarsatz von bis zu 20,-- DM je Arbeitsstunde jeweils bis zu 20.400 DM				
Die Monatspauschale zur Verminderung des Jahresförderungsbetrages (Nr. 4.3.7 der Allgemeinen Förderrichtlinien zum Landesjugendplan) beträgt 2.200,-- DM.				
Für Jugendfreizeitstätten mit einer bestimmten wöchentlichen Betriebszeit ausschließlich für offene Jugendarbeit und einer hauptberuflichen Fachkraft von wenigstens 20 Wochenstunden (Kleine Heime der offenen Tür) beträgt die Zuwendung bis zu 28.500 DM				
b) <u>Neu in die Förderung einzube ziehende Einrichtungen</u>				
<u>Förderungsvoraussetzungen und Förderungsziele werden vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales festgelegt.</u>				
c) <u>Das Verfahren</u>				
<u>bei der Fortführung der bisherigen Förderung sowie bei den</u>				

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
III 3	neu in die Förderung einzubeziehenden Einrichtungen wird vom Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales bestimmt.	23.450.000	- 2.555.000	20.895.000
	III JUGENDBERUFSHILFE			
	Sozialpädagogische Hilfen für junge Menschen im Übergang von Schule zum Beruf			
IV 1	IV KINDER- UND JUGENDERHOLUNG	7.250.000	+ 1.500.000	8.750.000
	Jugendferienmaßnahmen im Rahmen der Jugendarbeit			
	<u>Änderung der Erläuterung</u>			
	Der in der Erläuterung angeführte Teilnehmertages- satz von bisher 8,-- DM ist in 10,-- DM zu ändern.			
IV 2	Kinderferienmaßnahmen (Ferienhilfswerk)	5.000.000	+ 1.000.000	6.000.000
VI 2	VI PLANUNGS- UND LEITUNGSAUFGABEN	4.080.000	+ 400.000	4.480.000
VI 4	Auf Landesebene anerkannte Jugendverbände			
	Trägergruppen von Einrichtungen der offenen Jugendarbeit	380.000	+ 40.000	420.000
VI 5	Landes- und Bezirksarbeitsgemeinschaften für die kulturelle Jugendbildung	555.000	+ 60.000	615.000
VII 1	VII LEISTUNGEN NACH DEM SONDERURLAUBSGESETZ	3.500.000	+ 500.000	4.000.000
	Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubs- gewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz			

MM D 1 0 / 3 8 0 7 - 7 3

Einzelplan 07: Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
 Änderungen bei den Haushaltsansätzen

18

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
------------------	--	----------------------------------	-------------------------------	--------------------

Abschluß Einzelplan 07

Gesamteinnahmen		736.839.200	-	736.839.200
Gesamtausgaben		4.962.220.700	- 66.415.000	4.895.805.700
Verpflichtungsermächtigungen		958.613.000	+ 42.670.000	1.001.283.000

MM D 10 / 3807 -74

Einzelplan 07:

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. VergGr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Ent- wurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzah.
	<u>Kapitel 07 010</u> <u>Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales</u>			
	<u>Titel 422 10</u> <u>Bezüge der Beamten (und Richter)</u>			
	<u>Leerstellen</u>			
B 2	Ministerialrat (Fraktionsdienst)	1	+	1
A 14	Oberregierungsrat (Fraktionsdienst)	1	-	1
	<u>Abschluß des Einzelplans 07</u>			
	Planmäßige Beamte	2.226	-	2.226
	Beamtete Hilfskräfte	60	-	60
	Angestellte	3.035	-	3.035
	Arbeiter	366	-	366
	Angestellte in Titelgruppen	589	-	589
	<u>Insgesamt</u>	<u>6.276</u>	<u>-</u>	<u>6.276</u>

Beamte im Vorbereitungsdienst  
Auszubildende

145  
188

MM D 1 0 / 3 8 0 7 - 75